

ANGABEN ZUR VERPFLICHTUNGSERKLÄRUNG
DÉCLARATION DE PRISE EN CHARGE
FORMAL OBLIGATION

Ich, die/der Unterzeichnende Je, soussigné(e) I, the undersigned

| |
|---|
| Name / Nom / Surname |
| Vorname(n) / Prénom(s) / First name |
| Geburtstag und -ort / Né(e)/ à / Date and place of birth |
| Staatsangehörigkeit / Nationalité / Nationality |
| Identitätsdokument (1) /Aufenthaltstitel (2) / Document d'identité (1)/ Titre de séjour (2) Identity card (1) / Residence title (2) |
| wohnhaft in / Adresse / Address |

| | | |
|--|--|--|
| verpflichte mich gegenüber der Ausländerbehörde / Auslandsvertretung, für | m'engage auprès du service des étrangers / de la représentation diplomatique à héberger | take full responsibility towards the aliens authority / diplomatic representation for accommodating |
|--|--|--|

| |
|---|
| Name / Nom / Surname |
| Vorname(n) / Prénom(s) / First name |
| Geburtstag und -ort / Né(e)/ à / Date and place of birth |
| Staatsangehörigkeit / Nationalité / Nationality |
| Reisepass Nr. / Passeport n° / Passport No. |
| wohnhaft in / Adresse / Address |
| Beziehung zum Antragsteller / Lien avec le demandeur / Relationship to applicant |
| und folgende sie/ihn begleitende Personen, nur Ehegatten (3) / accompagné(e) de son conjoint (3) / accompanied by his or her spouse (3) |
| und Kinder (3) / accompagné(e) de ses enfants (3) / accompanied by children (3) |
| Beginn der voraussichtlichen Visumgültigkeit am: _____ bis zum: _____ |

| | | |
|--|--|---|
| nach § 68 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für den Lebensunterhalt und nach §§ 66 und 67 des Aufenthaltsgesetzes die Kosten für die Ausreise o.g. Ausländers/-in zu tragen. | et à prendre en charge les fraise de subsistance de l'étranger susmentionné conformément à l'article 68 de la loi relative au séjour ainsi que les frais de retour conformément aux articles 66 et 67 de la loi relative au séjour. | and for bearing the living costs according to § 68 of the Residence Act and the costs for the departure of the above-mentioned foreigner according to §§ 66 and 67 of the Residence Act. |
|--|--|---|

| |
|---|
| Anschrift der Wohnung, in der die Unterkunft sichergestellt wird, falls abweichend vom gewöhnlichen Wohnsitz des Unterkunftgebers Adresse du logement dans lequel l'hébergement sera assuré, au cas où il serait différent du logement habituel de l'hébergeant / Address of the lodging where accommodation will be provided, if different from the undersigned's normal address |
|---|

Bearbeitungs-
vermerke

(1) Art / type / type Nummer / numéro / number

(2) Nur bei Ausländern, Art des Titels / seulement pour les étrangers, type de titre applicable to foreigners only, type of title

(3) Name nom / surname Vorname / prénom / first name Geburtstag / date de naissance / date of birth Geschlecht / sexe / sex

- Ich erhalte Leistungen nach dem SGB II(Arbeitslosengeld II „Hartz IV“)oder dem SGB XII (Grundsicherung) oder dem Asylbewerberleistungsgesetz
- Ich erhalte keine Leistungen nach dem SGB II oder dem SGB XII Asylbewerberleistungsgesetz
- Ich habe keine weiteren Verpflichtungserklärungen abgegeben.
- Ich habe für ____ weitere Personen Verpflichtungserklärungen abgegeben.
- Ich mache keine Angaben über die Anzahl von mir abgegebener Verpflichtungserklärungen.

Folgende Punkte sind mir bekannt:

Meine Verpflichtung umfasst die Erstattung sämtlicher öffentlicher Mittel, die für den Lebensunterhalt des / der Begünstigten auch bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit aufgewendet werden (z.B. Kosten für Ernährung, Bekleidung, Wohnraum (privat oder im Hotel o.Ä.), Arzt, Medikamente, Aufenthalt im Krankenhaus, Pflegeheim o.Ä.).

Dies gilt auch, soweit die Aufwendungen auf einem gesetzlichen Anspruch beruhen (z.B. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch oder dem Asylbewerberleistungsgesetz). Zwar ist sowohl für die Erteilung eines Einreisevisums als auch einer Aufenthaltserlaubnis eine Krankenversicherung vorgeschrieben. Ich habe aber im Krankheitsfalle auch für die Kosten aufzukommen, die unter Umständen nicht von der Krankenkasse übernommen werden bzw. über der Versicherungssumme der Krankenkasse liegen.

Ist der / die Begünstigte nach Auslaufen des Visums oder der Aufenthaltserlaubnis zur Ausreise verpflichtet ohne freiwillig auszureisen, bin ich auch verpflichtet, die Kosten einer möglichen zwangsweisen Durchsetzung der Ausreisepflicht zu tragen. Hierzu gehören z.B. auch Beförderungs- und Reisekosten (so u.a. Ticket, Übernachtung, notwendige Begleitungs-, Übersetzungs-, Verpflegungs- und Haftkosten).

Der Erstattungsanspruch mir gegenüber steht der öffentlichen Stelle zu, die die Mittel für den Begünstigten / die Begünstigte geleistet hat. Das Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten ist gesetzlich verpflichtet, dieser Stelle die hierfür nötigen Auskünfte zu geben (§ 68 Absatz 4 des Aufenthaltsgesetzes -AufenthG-).

Die Datenschutzhinweise gemäß Datenschutz-Grundverordnung habe ich zur Kenntnis genommen

- Ja (Hinweis: Ohne Kenntnisnahme der Datenschutzhinweise, kann der Antrag nicht bearbeitet werden.)

Mir ist bekannt dass

- sich die Verpflichtung unabhängig von der Dauer des Visums oder der Aufenthaltserlaubnis auf den gesamten - unter Umständen auch unerlaubten - Aufenthalt von fünf Jahren ab Einreise erstreckt,
- die Verpflichtung vor Ablauf der fünf Jahre nur durch Erteilung eines Aufenthaltstitels zu einem anderen Aufenthaltszweck, nicht jedoch durch Erteilung eines Aufenthaltstitels nach dem fünften Abschnitt des zweiten Kapitels oder durch Anerkennung nach § 3 oder § 4 des Asylgesetzes ab Einreise begrenzt wird,
- die aufgewendeten öffentlichen Mittel im Wege der Vollstreckung ohne ein vorgeschaltetes Gerichtsverfahren zwangsweise beigetrieben werden können,
- mit Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird, wer bei der Abgabe der Verpflichtung unrichtige oder unvollständige Angaben macht (§ 95 Absatz 2 Nr. 2 AufenthG).

Unterschrift _____

Einschlägige Rechtsvorschriften (auszugsweise)

§ 68 Aufenthaltsgesetz (Haftung für Lebensunterhalt)

(4) Die Ausländerbehörde unterrichtet, wenn sie Kenntnis von der Aufwendung nach Absatz 1 zu erstattender öffentlicher Mittel erlangt, unverzüglich die öffentliche Stelle, der der Erstattungsanspruch zusteht, über die Verpflichtung nach Absatz 1 Satz 1 und erteilt ihr alle für die Geltendmachung und Durchsetzung des Erstattungsanspruchs erforderlichen Auskünfte. Der Empfänger darf die Daten nur zum Zweck der Erstattung der für den Ausländer aufgewendeten öffentlichen Mittel sowie der Versagung weiterer Leistungen verwenden.

§ 86 Aufenthaltsgesetz (Erhebung personenbezogener Daten)

Die mit der Ausführung dieses Gesetzes betrauten Behörden dürfen zum Zweck der Ausführung dieses Gesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz und nach ausländerrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie entsprechender Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit dies im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist.

§ 2 Informationsverarbeitungsgesetz (Datenschutz bei der allgemeinen Verwaltungstätigkeit)

(1) Die in § 1 Abs. 3 genannten Stellen dürfen personenbezogene Daten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben ohne Einwilligung des Betroffenen verarbeiten, soweit dies für die allgemeine Verwaltungstätigkeit erforderlich ist und schutzwürdige Belange des Betroffenen wegen der Art der Daten, wegen der Art der Verwendung oder wegen ihrer Offenkundigkeit nicht entgegenstehen.

....

§ 95 Aufenthaltsgesetz (Strafvorschriften)

(2) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

...

2. unrichtige oder unvollständige Angaben macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen einen Aufenthaltstitel oder eine Duldung zu beschaffen oder eine so beschaffte Urkunde wissentlich zur Täuschung im Rechtsverkehr gebraucht.